

126

Amtliche Bekanntmachung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim

Bebauungsplan „Gewerbe- und Industriegebiet Besigheim – 1. Bauabschnitt, 2. Änderung und Erweiterung“ – Inkrafttreten –

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim hat am 27. 2. 1989 die Satzung zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Gewerbe- und Industriegebiet Besigheim – 1. Bauabschnitt, 2. Änderung und Erweiterung“ beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus der Satzung vom 27. 2. 1989 und dem Lageplan mit Textteil und Begründung des Ingenieurbüros Rauschmaier, Bietigheim-Bissingen vom 22. 3./31. 8. 1988.

Die Satzung ist dem Landratsamt Ludwigsburg gemäß § 11 Abs. 3 BauGB angezeigt worden. Das Landratsamt hat die Durchführung des Anzeigeverfahrens im Erlaß vom 15. 6. 1989 Az.: 201-621.41 Wa/Ha festgestellt.

Der Bebauungsplan kann bei der Verbandsverwaltung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim im Rathaus Besigheim, Marktplatz 12, Zimmer 208, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Über den Inhalt kann Auskunft verlangt werden. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Eine etwaige Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind nach § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Verbandsverwaltung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 und Abs. 4 des BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich,

wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Verbandsverwaltung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.

Besigheim, den 22. Juni 1989.

gez. Grau
Verbandsvorsitzender

Ausschnitt aus
Neckar- und Enzbote
Bietigheimer Zeitung
Ludwigsburger Kreiszeitung
Stuttgarter Zeitung
Stuttgarter Nachrichten
Heilbronner Stimme

vom 23.06.1989 Nr. 141

Auszug aus dem Neckarwestheimer Gemeindeblatt

vom 30. Juni 1989

**Bebauungsplan „Gewerbe- und Industriegebiet
Besigheim – 1. Bauabschnitt, 2. Änderung und
Erweiterung“**

– Inkrafttreten -

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim hat am 27.2.1989 die Satzung zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Gewerbe- und Industriegebiet Besigheim – 1. Bauabschnitt, 2. Änderung und Erweiterung“ beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus der Satzung vom 27.2.1989 und dem Lageplan mit Textteil und Begründung des Ingenieurbüros Rauschmaier, Bietigheim-Bissingen vom 22.3./31.8.1988.

Die Satzung ist dem Landratsamt Ludwigsburg gemäß § 11 Abs. 3 BauGB angezeigt worden. Das Landratsamt hat die Durchführung des Anzeigeverfahrens im Erlaß vom 15.6.1989 Az: 201-621.41 Wa/Ha festgestellt.

Der Bebauungsplan kann bei der Verbandsverwaltung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim im Rathaus Besigheim, Marktplatz 12, Zimmer 208, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Über den Inhalt kann Auskunft verlangt werden. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Eine etwaige Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuches bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind nach § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Verbandsverwaltung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 und Abs. 4 des BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Verbandsverwaltung des Zweckverbandes Industriegebiet Besigheim geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.

Besigheim, den 22. Juni 1989

gez. Grau, Verbandsvorsitzender